

Ihr Halle monatlich bei zweimonatlicher Zahlung...

Nahe-Zeitung

Die gespaltenen 36 mm breite Zeilen...

Brockdorff-Rangau gegen Ludendorff.

Der nachstehende offene Brief des früheren Ministers...

Herr General der Infanterie! Unter der Ueberschrift „Der Zwang im Kriege“...

„Man kam Graf Brockdorff-Rangau, der als Genantler in Kopenhagen eine seiner Lebensführung entprechende, aberaus bunte Gesellschaft um sich gesammelt hatte, und der...

Dieser Rufus ist hier an amüßigen und aufmerksamkeit erregenden Stellen dahin ausgelegt worden, daß mir der Vorwurf gemacht wird, ich hätte in Deutschland auf den Umsturz hingearbeitet...

Meine Ehre in der Wahrheit, und um mit den nichtswürdigen Anwürfen gegen meine Person und meine politische Tätigkeit aufzuräumen, konstatiere ich daher nachstehendes:

Wichtige Redaktionen, wie sie in der von Ihnen zitierten Aeußerung erklart worden sind, wurden bereits, wie Cueter Erzellenz bekannt, während des Krieges gemacht...

„Weil ich Grund habe, anzunehmen, daß seine (des Professors Harms) Gewähe- und Hintermänner weniger in Dänemark als in Deutschland zu finden sind, befinde ich auf einer sofortigen Untersuchung, vielleicht schaffte diese endlich Klarheit, auch darüber, welche Sultette hinter den seit sechs Monaten in der Presse gegen mich gerichteten Intrigen stehen.“

„Eine erfolgreiche politische Tätigkeit ist heute für mich nicht auszuföhren, wenn ich nicht die Gewißheit habe, persönlich dauernd auch das volle Vertrauen der Obersten Heeresleitung zu besitzen.“

Der Inhalt dieses Telegramms ist Cueter Erzellenz unter dem 25. Dezember mitgeteilt worden. Am 26. Dezember habe ich in der gleichen Angelegenheit an den Reichsfürst Grafen Hertling einen ausführlichen Bericht erstattet, der Cueter Erzellenz auf meinen ausdrücklichen Wunsch am 1. Januar 1918 zur Kenntnis gebracht worden ist. Dieser Bericht schließt wörtlich:

„Ich weiß sehr wohl, daß mancher Herrchen bei uns die Politik nicht behauptet, die ich in Dänemark inanguriert habe; die sie die Erfolge dieser Politik aber nicht abstreifen können, peruchen sie jetzt, mich persönlich zu verunglimpfen, und als ich die in diesem Zusammenhang verdächtigen, ich überlasse es beruhigt dem Urteil der Geschichte, zu entscheiden, wer dem Lande und der Krone treuer und uneigennützig: gebt hat, — diese Herren oder ich.“

Dr. Fall Harms wurde für mich erst betrieblig erledigt, nachdem ich dem Reichsfürst Grafen Hertling, daß ich meinen Abschied einreichen werde und entschloß, in meinem Abschiedsbrief dem Reichsfürst Grafen Hertling persönliche zu begründen. Ich habe gleichzeitig eine Ehrenerklarung Cueter Erzellenz vorgelegt, die Sie in der von mir geforderten Form abgeben haben. Ihre an den Grafen Hertling gerichtete Erklärung lautet wörtlich:

Cueter Erzellenz hat die ich für die im Interesse einer Beilegung der Angelegenheit unternommen Schritte...

meinen Dank aus. Ich bitte den Herrn Kaiserlichen Genantler Grafen Brockdorff-Rangau zu bitten, mich zu lassen, daß das ihm von der Obersten Heeresleitung, und insbesondere von mir persönlich, bisher stets entgegengebrachte Vertrauen durch die Berichte des Professors Harms in keiner Weise erschüttert worden ist.

Diese Erklärung ist von Cueter Erzellenz am 17. Mai 1918 abgegeben worden. Die Vorgänge, die in dem Artikel „Der Zwang im Kriege“ erwähnt werden, haben sich im Jahre 1917, also ein Jahr früher, abgepielt; ich muß annehmen, daß sie der Obersten Heeresleitung bekannt waren, ebenso wie die Rolle, die ich dabei gespielt haben soll, und die keineswegs der Darstellung des Herrn Wirth entspricht.

Trotz der mir noch 1918 schriftlich gegebene Versicherung Ihres persönlichen Vertrauens und des Vertrauens der Obersten Heeresleitung weigern Cueter Erzellenz sich jetzt ab, mich vor dem Reichstag des Reichspräsidenten, der in der Aeußerung des Herrn Wirth erklart worden ist, zu schütten und zu erklären, daß es Ihnen ferngelegen habe, mich des feigen Verbrechens schuldig zu machen. Ich überlasse es dem Urteil der Mit- und Nachwelt, darüber zu entscheiden, ob Cueter Erzellenz tatsächlich während und nach dem Kriege dem deutschen Volke tatsächlich nützlich gewesen ist als mein Arbeit.

Reider bin ich zu spät in die leitende politische Stellung berufen worden, sonst hätte ich versucht, Cueter Erzellenz das Eingekleidnis zu vereiteln, daß nach der vernünftigen Öffnung im Juli 1918, wenn nicht schon früher, der Krieg für uns militärisch verloren war. Ob Cueter Erzellenz sich bemüht oder unbewußt diesen Erkenntnis verschließen haben, weiß ich nicht; diesen Entschluß nicht gefunden zu haben, bleibt die ungeheure Verantwortung, die Sie vor dem deutschen Volke und der Weltgeschichte tragen.

Durch die Angriffe im Militär-Wochenblatt war ich zu meinem tiefen Bedauern genötigt, die Rolle, die Cueter Erzellenz und ich in der Geschichte des deutschen Volksgeschicks haben, vor der Öffentlichkeit darzulegen. Dabei haben wichtige vaterländische Interessen mich abgehalten, Vorgänge zu erwähnen, deren Förderung dem Lande nachteilig sein könnte. Bis heute habe ich dies: Mühsücht bei der Abwehr aller Angriffe gegen meine Person beobachtet und hoffe, daß es mir möglich sein wird, diese freiwillig übernommene Schweigepflicht auch in Zukunft zu üben.

Das Kaiserliche Recht über der Person. Berlin, den 18. März 1921.

gez. Brockdorff-Rangau.

Die englische Reparationsbill.

London, 19. März. Bei Vertagung der deutschen Reparationsbill im Unterhause erklärte Chamberlain, der Antrag Dogge, der, wie bereits bekannt, abgelehnt wurde, bedürfe noch der Vertagung. Auf die Foreign Office erfolgte telegraphisch Anfrage bei den alliierten Mächten, ob sie gewillt seien, ähnliche Gesetzentwürfe in ihren Ländern einzuführen, sei nur von Portugal eine Antwort eingegangen, das erklärt, es habe die Absicht, eine ähnliche Politik zu verfolgen. Chamberlain sagte, es hänge von dem Inhalt ab, ob die Bill als Strafmaßnahme oder als Mittel zum Einkommen der Reparationen zu sehen sei. Seine Ansicht nach sei es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß die Bill in der zweiten Lesung nicht durchgehe, sehr gut unterrichtet: Seite eine Anfrage erhalten, daß nach Ansicht von Männern, die an den geschäftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sehr interessiert seien, dies nicht unwahrscheinlich sei.

Die Börsen und die Zwangsmaßregeln.

Die Baseler „Nationalzeitung“ will im Handstreich darauf hin, daß entgegen allen Erwartungen beim Eintritt der „Santionen“ der französischen Finanzen mehr zurückgegangen ist als die deutsche Markt. Das Blatt schreibt dazu: Die Industrie- und Viehwirtschaften vermissen sich nichts von dem „Santionen“ und die erwartete Senkung des Frankens beginnt schrittweise mit einer Entwertung des Frankens, die bei der mächtigen Auslandsverschuldung Frankreichs gleich Milliarden ausmacht, vermutlich mehr als die ganze Differenz des ersten Jahres zwischen den französischen Forderungen und dem deutschen Angebot. Noch ungläubiger ist die ausgeprophete Festigkeit der deutschen Börsen. Es liegt auf der Hand, daß die „Santionen“, ernstlich durchgeführt, zum Ruin Deutschlands und damit zu dessen vollkommener Zahlungsunfähigkeit und Steigerung der Krise in den alliierten Ländern führen müßten. Die Börsen eb in trotz aller Erklärungen der Staatsmänner nicht an eine Dauer der „Santionen“ glauben. Die Börsen leben demnach in den „Santionen“ ein. Erregung, das hat zur Enttächtigung der Sieger und damit zur Ermäßigung der Ansprüche führt. n wird.

Italiens Widerstand gegen die Exportabgabe.

Der bekannte nationalökonomische Mitarbeiter des „Corriere della Sera“ und Professor an der Universität Turin, Luigi Einaudi, veröffentlicht in dem genannten Blatte eine ausführliche Besprechung der englischen Repa-

rationenbill. Er kommt bei seiner Analyse zu dem Ergebnis, daß die Wirksamkeit der wirtschaftlichen Sanktionen hauptsächlich abhängig sei von der Stellungnahme der deutschen Regierung. „Entweder“, so schreibt er, „wird die deutsche Regierung die Reparation bezahlen, und dann können die deutschen Industriellen ihren Handel mit den Entente-Ländern fortsetzen; oder die deutsche Regierung wird diese Zahlungen nicht leisten können oder wollen, dann wird der Export aus Deutschland nach den alliierten Ländern ohne weiteres aufhören, oder er wird nur fortgesetzt werden können, wenn unter Abnehmer sich einen Preis, der das Doppelte des normalen ausmacht, aufstellen. Es besteht auch die Möglichkeit, im Falle eines Zwischens über die Zahlungsbereitschaft der deutschen Regierung, daß die deutschen Fabrikanten ihre Bestände über das normale Ausland tätigen, von wo aus sie dann unter schwächerer oder holländischer Etikette und mit einigen Abänderungen in die Länder der Entente weitergeleitet würden, und zwar unter Umgehung der fünfzigprozentigen Abgabe.“ Bemerkenswert ist die Fiktion Einaudis, daß der Ertrag der fünfzigprozentigen Abgabe nicht in eine gemeinschaftliche Kasse zusammenfließen würde, um dann auf Grund der beigefügten Quoten unter den Verbündeten verteilt zu werden, falls die Maßnahme nicht von allen Alliierten einhellig genehmigt wird; in diesem Falle werde jedes Land das für sich zurückhalten, was es einnehme. Die Wirksamkeit des (so zu bezeichnenden) „Kaufens“ oder „Beketens“ würden nicht erhalten. Die konsequente Durchföhren der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen werde allerdings möglich sein, wenn nur die Großmächte ihr Einverständnis mit ihrer Durchföhren erklären.

Der Wiedergabe wert sind die Ziffern, die Einaudi in 1918, entfallend von 10 000 Millionen Mark des deutschen Exportwertes 14,2 Prozent auf England, 8,9 Prozent auf die übrigen Länder des britischen Reichs, 7,8 Prozent auf Frankreich, 5,5 Prozent auf Belgien, 3,9 Prozent auf Italien, 7,1 Prozent auf die Vereinigten Staaten, 8,7 Prozent auf Kanada, 1,4 Prozent auf Australien, 10,9 Prozent auf Ostindien, 1,1 Prozent auf die Westindien, 0,3 Prozent auf die Philippinen und 5,3 Prozent auf alle übrigen Länder. Das britische Reich, Italien, Kanada und Frankreich, auf die das System der „Exportabgabe“ in der Praxis angewandt werden könnte, erhielten damals also 35,3 Prozent der nach dem Auslande ausgeführten deutschen Waren, was einem Werte von etwa 3 1/2 Milliarden Goldmark jährlich gleichkam. Wenn man die gleiche Ziffer für die Zukunft beibehalte, so würde die fünfzigprozentige Abgabe 1750 Millionen Goldmark an Ertrag liefern. Hiervon ab zu würde das britische Reich rund 900 Millionen, Frankreich 300, Belgien 275, Italien 195 Millionen erheben können. Das britische Reich und Belgien zusammen würden demnach mehr als die Hälfte des jährlichen Reparationsanteils erhalten. Italien ungefähr 20 Prozent des Teil (195 Millionen auf insgesamt 1750, also etwas mehr als die ihm zuzurechnenden 10 Prozent); Frankreich dagegen würde erheblich weniger als die ihm zuzurechnenden 35,3 Prozent erhalten. Die Solidarität unter den Verbündeten, so folgert Einaudi, ist demnach erforderlich, um England und Belgien nicht einen ungebührlichen Vorteil geminnen zu lassen.

Das entschleierte französische Geheimnis.

Das Madrider „ABC“ bringt ein scharf transkribiertes Artikel über die Harmlosigkeit Lord Georges in der Angelegenheit der französischen Reparationsforderungen auf das letzte Abschnitten. Für ihn sind die im Geheimen gehaltenen Verhandlungen für eine alte, meine Mobilisierung vorzuziehen habe einhelliglich der Anschlagelast auf den Rücken der Bürgermeisterei. Frankreich warte nur auf einen deutigen Zwischenfall, so E. eine mysteriöse Schüsse und ein getöteter Soldaten, Ereignisse, auf die man wohl rechnen könne. Man würde dann einen bis an die Zähne bewaffneten Panzerarmismus ersinnen und unter dem Schutze der gerechten Notwehr in Deutschland einmarschieren.

Eine englische Regierungsmission zur Begrüßung Hardings.

Dem Beispiele der französischen Regierung folgend, die Vivian nach Washington entsendet, um dem neuen Präsidenten ihre Glückwünsche darzubringen, hat sich die englische Regierung entschloffen, eine offizielle Mission nach den Vereinigten Staaten zu entsenden, um dem Präsidenten Harding zu seinem Amtsantritt eine gleiche Aufmerksamkeits zu erweisen. Wie in unerreichten Kreisen verlautet, wird mit der Führung dieser Regierungsmission voranschreitend Aquith betraut werden, aber auch der Name Churchill wird in diesem Zusammenhang genannt.

Aus dem Saargebiet.

Die Saarregierung kündigte eine Ermäßigung der Einkommensteuer. Tarif für an. Danach sollen Einkommen unter 5000 Mark steuerfrei bleiben. — Der Arbeitsvertrag verband letzte neue Lohnverhandlungen für die Hochöfen-Stahl- und Walzwerke auf Anfang April fest. Angefangs d. 200 000 Tonnen übersteigenden Saldenbestände hat die französische Erzeugungsmenge am 1. März Januar die erste im Februar d. r. und im laufenden Monat schon zwei Fünftel abgebaut. Bei einem Durchschnittslohn von 22 Franken betrug der tägliche Lohnsatz der 71 000 Mann Belegschaft 1 602 000 Franken bezg.

3 248 000 Mk. Der bisherige Lohnausfall des Saarbergmanns beträgt demnach 10 834 000 Franken oder 43 Millionen 730 000 Mk. Dazu tritt, mit Wirkung vom 15. d. M., die Lohnrückzahlung um 4 Franken je Schicht.

Im französischen Komm. roussoffsch hat der Abgeordnete Engeland berichtet, daß die Saargruben bei einem Durchschnittspreis von 85 Franken je Tonne ein Brutto-Einkommen von 13 Franken erzielen, von welchem 5 Mann die Hälfte zur Aufrechterhaltung der Gruben verbraucht werden soll. Da die Förderung der Saargruben im nächsten Jahr 4 Millionen Tonnen betragen wird, ergibt sich ein Brutto-Einkommen von 122,2 Millionen Franken gleich rund eine halbe Milliarde Mark. Abzuzugeln man hiervon die Hälfte für Neubauten, so blüht immer noch ein Ueberschuß von 4 Milliarden Mark. — Die französisch. Kammer beschloß bekanntlich 150 Millionen Franken im Laufe von zehn Jahren zur Verdopplung der Ausbeute aufzuwenden. Verbalte sich die Ausbeute aber, so würde das aufgewandte Kapital in 2½ Jahren bei der heutigen, in 1½ Jahren bei der doppelten Förderung eingekauft sein. Der ungewisse Wert der Saarfabrikation geht daraus hervor, daß die 9,4 Millionen Tonnen der 1920er Förderung zu 85 Franken Wert von 790 Millionen Franken bezug, 3 Milliarden 196 Millionen Mark darstellten.

Die polnischen Uebergriffe in Oberschlesien.

Die Nachrichten über schwere polnische Uebergriffe in den oberschlesischen Kreisen Anknüpf, Pisch und im Landkreis Katowisz werden von den zuständigen Stellen bestätigt. In einzelnen Teilen der Kreise, besonders auf dem Lande, herrscht der polnische Terror unumschränkt. In vielen Bezirken sind es den deutschen Mitgliedern der Reichsregierung nicht möglich, ihre Tätigkeit auszuüben, da sie Gefahr laufen, von den polnischen Soldaten ermordet zu werden. Die deutsche Regierung hat in der letzten Zeit tagtäglich demostriert bei der internationalen Kommission in Opatow als auch in Paris, London und Rom gegen den polnischen Terror protestiert unter genauer Angabe der Verhältnisse, in denen Verbrechen der Polen an deutschen Abstammigen in den Bezirken vorgenommen sind. Es wird gefordert, daß die bisher nur in den Südkreisen konzentrierten internationalen Truppen auf das ganze Land verteilt werden. Dieses Ergehen ist bisher unerschütterlich geblieben. Die neuen Ueberschüsse sind ein mittelständiges Volk, das die Gerechtigkeit abgesehen. Sollte er nicht gewährt werden, so besteht die große Gefahr, daß in den oberschlesischen Kreisen das Aufstimmungsergebnis durch den polnischen Terror gefährdet wird.

Die in Katowisz anwesenden Vertreter der deutschen Presse haben folgendes Telegramm an die internationale Kommission in Opatow geschickt:

Herr Dr. Hansrich Georg, Vertreter der „Westfälischen Zeitung“ in Berlin, wurde am 18. März 8¼ Uhr vormittags von einem französischen und einem oberschlesischen Kriminalbeamten aus jenseitiger Zeit im Hotel Monopoli in Katowisz gefaßt und trotz seines Protestes dem Arrestantenkollektive von Katowisz-Band, (Katholizismus) Dr. Georgs Festhalten wegen eines Briefes an die internationale Kommission in Katowisz. Herr Dr. Georg gegen eine Verhaftung protestiert, und erklärte den Befehl nach Katowisz, ich bin Herr de Wit unter Beschimpfungen auf Herrn Georg ein. Die Verhaftungen wurden von Wirt in Katowisz, Herrn Dr. Anstala, ferner schriftlich bestätigt.

Die aus Anlaß der Aufstimmung in Katowisz verarmten Vertreter der deutschen Presse erklären in der Verhaftung und Behandlung ihres Berufscollegen Dr. Georg eine totale Verletzung der Ehre, der Freiheit und der Rechte der Presse. Sie machen den Mitgliedern der internationalen Kommission von diesem gegen internationalen Aufstimmungsergebnis widersprechenden Verfall Mitteilung in der bestimmten Erwartung, daß die internationale Kommission unermüdet eine Fühne für die Verletzung des Herrn Dr. Georg und eine ausweichende Genugtuung für die der gesamten Presse gezeigte Mißachtung herbeiführt.

Von diesem Telegramm ist gleichzeitig der deutschen Regierung zu Händen des Herrn Reichsanwalters Prechenow, der gesamten deutschen und der internationalen Presse Mitteilung gemacht worden.

Die Flucht aus Kronstadt.

„Berlingste Abend“ meldet aus 3 Singoren: In Teresopol kommen aus Kronstadt ständig neue Flüchtlinge ein. Sicher sind an der rumänisch. Grenze 36 000 Flüchtlinge eingetroffen. Es wird noch immer ein heftiges Geschrei über Kronstadt her gehört. Nach einer späteren Meldung hörte das Geschrei am Nachmittag auf.

Deutscher Reichstag.

Die Sitzung wird mittags 12 Uhr eröffnet. Der Entwurf eines Reichsfinanzministeriales ist ohne Debatte einem Lebernden Auspruch von 28 Ministern überwiegen. Die Reichsfinanzministeriales sind in allen die Meinungen angenommen. Die Reichsfinanzministeriales sind in allen die Meinungen angenommen. Die Reichsfinanzministeriales sind in allen die Meinungen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Reichsfinanzministeriales. Die Reichsfinanzministeriales sind in allen die Meinungen angenommen. Die Reichsfinanzministeriales sind in allen die Meinungen angenommen. Die Reichsfinanzministeriales sind in allen die Meinungen angenommen.

Als Maßnahme (Komm.): Die Vorlage ist eine Bankrotterklärung der Reichsregierung, wir können sie ab. Rechner fragt, ob die der Post vom Versand übergebenen Zeitungen nur jedem Jahrgang zugehört sind. Die „Rote Banne“ ist nämlich gefahren und heute beizugehalten werden.

Reichsfinanzminister: Ich habe die Befehlschreiben der Reichsregierung nicht verändert. Die der Post übergebenen Zeitungen genießen den Schutz des Postgesetzes. Unsere Vorlage will die dringend notwendige Befreiung des Betriebsverhaltens ermöglichen. Der Antrag ist nicht unbedenklich. Wird der Antrag im Sinne der Sache angenommen, kann immer nur die Verantwortung der Ministerien auf sich zu nehmen. Die Kommission hat die Indultive dieser Sache nicht aufgegeben. Die Kommission hat die Indultive dieser Sache nicht aufgegeben.

Der Antrag ist in 1. a (Anstaltsstellen) wird angenommen. Nachdem Minister G. über die Einleitung des Antrags Zweifel aufgebracht hat, überweist die Kommission den Antrag an die Reichsregierung. Die Vorlage wird in der Hoffnung des Ausstufens angenommen, ebenso das Ausstufensgesetz, die Novelle zum 1. Aprilgesetz und die Erhöhung der Telegraphengebühren. Die Vorarbeiten werden darauf auch in dritter Lesung verändert angenommen.

Reichsfinanzministeriales.

Als Dr. Best (U. S.): Die treuesten Stützen der Regierungsvorlage sind in den parlamentarischen Parteien. Das Gesetz demnach ist die Grundvorlage und generiert die Operationen, welche im Jahr milder born. Die Vertreter und Angestellten werden viel besser gehalten. Warum begehrt man nicht nach dem Grundgesetz, so wie es die Reichsregierung begehrt? Der Antrag der Reichsfinanzministeriales bezieht sich auf die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen.

Als Dr. Best (U. S.): Die treuesten Stützen der Regierungsvorlage sind in den parlamentarischen Parteien. Das Gesetz demnach ist die Grundvorlage und generiert die Operationen, welche im Jahr milder born. Die Vertreter und Angestellten werden viel besser gehalten. Warum begehrt man nicht nach dem Grundgesetz, so wie es die Reichsregierung begehrt? Der Antrag der Reichsfinanzministeriales bezieht sich auf die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen.

Als Dr. Best (U. S.): Die treuesten Stützen der Regierungsvorlage sind in den parlamentarischen Parteien. Das Gesetz demnach ist die Grundvorlage und generiert die Operationen, welche im Jahr milder born. Die Vertreter und Angestellten werden viel besser gehalten. Warum begehrt man nicht nach dem Grundgesetz, so wie es die Reichsregierung begehrt? Der Antrag der Reichsfinanzministeriales bezieht sich auf die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen.

Als Dr. Best (U. S.): Die treuesten Stützen der Regierungsvorlage sind in den parlamentarischen Parteien. Das Gesetz demnach ist die Grundvorlage und generiert die Operationen, welche im Jahr milder born. Die Vertreter und Angestellten werden viel besser gehalten. Warum begehrt man nicht nach dem Grundgesetz, so wie es die Reichsregierung begehrt? Der Antrag der Reichsfinanzministeriales bezieht sich auf die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen.

Als Dr. Best (U. S.): Die treuesten Stützen der Regierungsvorlage sind in den parlamentarischen Parteien. Das Gesetz demnach ist die Grundvorlage und generiert die Operationen, welche im Jahr milder born. Die Vertreter und Angestellten werden viel besser gehalten. Warum begehrt man nicht nach dem Grundgesetz, so wie es die Reichsregierung begehrt? Der Antrag der Reichsfinanzministeriales bezieht sich auf die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen.

Als Dr. Best (U. S.): Die treuesten Stützen der Regierungsvorlage sind in den parlamentarischen Parteien. Das Gesetz demnach ist die Grundvorlage und generiert die Operationen, welche im Jahr milder born. Die Vertreter und Angestellten werden viel besser gehalten. Warum begehrt man nicht nach dem Grundgesetz, so wie es die Reichsregierung begehrt? Der Antrag der Reichsfinanzministeriales bezieht sich auf die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen.

Als Dr. Best (U. S.): Die treuesten Stützen der Regierungsvorlage sind in den parlamentarischen Parteien. Das Gesetz demnach ist die Grundvorlage und generiert die Operationen, welche im Jahr milder born. Die Vertreter und Angestellten werden viel besser gehalten. Warum begehrt man nicht nach dem Grundgesetz, so wie es die Reichsregierung begehrt? Der Antrag der Reichsfinanzministeriales bezieht sich auf die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen.

Als Dr. Best (U. S.): Die treuesten Stützen der Regierungsvorlage sind in den parlamentarischen Parteien. Das Gesetz demnach ist die Grundvorlage und generiert die Operationen, welche im Jahr milder born. Die Vertreter und Angestellten werden viel besser gehalten. Warum begehrt man nicht nach dem Grundgesetz, so wie es die Reichsregierung begehrt? Der Antrag der Reichsfinanzministeriales bezieht sich auf die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen.

Als Dr. Best (U. S.): Die treuesten Stützen der Regierungsvorlage sind in den parlamentarischen Parteien. Das Gesetz demnach ist die Grundvorlage und generiert die Operationen, welche im Jahr milder born. Die Vertreter und Angestellten werden viel besser gehalten. Warum begehrt man nicht nach dem Grundgesetz, so wie es die Reichsregierung begehrt? Der Antrag der Reichsfinanzministeriales bezieht sich auf die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen.

Einkommen jenseitig. Ein Antrag Reichen will die Dreifachgrenze überlassen beizubehalten und die Renten, ebenfalls, erhalten. Reichsfinanzministeriales: Die Regierung hat sich in ihrer Vorlage mit der Befreiung auf die Neuregelung der Dreifachgrenze bedürftig. Darum erachtet es uns bedenklich, daß der Antrag weit über unsere Vorlage hinaus Reformvorläufe enthält. Wir können bei der Dreifachgrenze nur bis 9000 Mark gehen. Wir bitten daher, die Vorlage auf die 50- und mehr Prozent ermäßigten Renten zu beschränken, während der Ausgab seinen Untergrund machen will.

Als Dr. Best (U. S.): Die treuesten Stützen der Regierungsvorlage sind in den parlamentarischen Parteien. Das Gesetz demnach ist die Grundvorlage und generiert die Operationen, welche im Jahr milder born. Die Vertreter und Angestellten werden viel besser gehalten. Warum begehrt man nicht nach dem Grundgesetz, so wie es die Reichsregierung begehrt? Der Antrag der Reichsfinanzministeriales bezieht sich auf die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen, während nach uneren Antrag die Steuer auf die Einkommen.

Deutsches Reich.

Die Einwohnervorlage ist die Sozialdemokraten ab. Die Erörterungen in der Einwohnervorlage haben auch in die innere Organisation der baprißisch. Einwohnervorlage Unruhe hineingetragen. Die Einwohnervorlage wird nicht aufgehoben, die sozialistischen Vorläufe aus ihren Reich, auszuscheiden. Sie geben dafür folgende Begründung an: In der sozialdemokratischen Parteien von Mitteldeutschland und Ostpreußen hat die Einwohnervorlage den sozialistischen Kampf ausgedehnt haben, kommen die in der Reich der Einwohnervorlage nicht stehenden sozialistischen Parteien in eine schwierige Lage, da sie zu entscheiden haben, ob sie von ihrer Partei aus, gegen den Kampf gegen die Einwohnervorlage mitmachen wollen oder nicht. Die kommunistische Partei fordert aber absolutes Zusammenhalten aller auf dem Boden der Satzungen der Einwohnervorlage und das Bewußtsein, daß die Reichsmann sich auf den anderen Parteien kann. Ein volle Klarheit innerhalb der Reihen der Reichsleute zu schaffen, ist es notwendig, daß die Reichsleute, die nicht auf dem Boden des Programms der Einwohnervorlage stehen, daraus die Folgen ziehen und aus der Einwohnervorlage austreten.

Salzsaat Begründung. Vormittags 11 Uhr fand die Erörterung für den erwerblichen Teil in der Reichsversammlung statt. Die Reichsversammlung hat die Reichsversammlung für den erwerblichen Teil in der Reichsversammlung statt. Die Reichsversammlung hat die Reichsversammlung für den erwerblichen Teil in der Reichsversammlung statt.

Auslands-Rundschau.

Die Griechen greifen an. Das Gerücht von einer nahe bevorstehenden griechischen Offensive in der Gegend von Smyrna hindert sich zu bestätigen. Große Truppenbewegungen sind bereits gemeldet. Die Lage sieht in Smyrna sehr bedrohlich zu sein. In der Gegend von Smyrna sind bereits gemeldet. Die Lage sieht in Smyrna sehr bedrohlich zu sein.

Ausstellung in Düsseldorf. Gestern trat die von den Arbeitgebern angeführte Ausstellungen in Kraft. Die Ausstellung betraf 50 000 Arbeiter, hauptsächlich der Textil- und Eisenindustrie. Alle Verhandlungen sind abgebrochen.

Sport der „Saale-Zeitung“.

Favorit schlägt Preußen 1:0 (0:0). Der bevorstehende Kampf zwischen Favorit und Preußen in der am nächsten Tag auf dem Sportplatz stattfinden brachte den Klatsch eines Inneben. Im Grunde waren sich beide Mannschaften wohl über ihren Verbandsplatz, völlig einverstanden. Favorit hatte teilweise etwas mehr Spiel, da Preußen teilweise nur 10 Mann auf dem Feld hatte. Außerdem ließ sich die Umstellung bei Favorit nicht an. Die letzten vier Minuten in 1:0 Preußen bedenklich nach, so daß es den Platzbesitzer gelang, ihre Überlegenheit in einem außerordentlichen Tore zum Ausdruck zu bringen.

Erlose deutscher Flugzeuge.

Delfau, 10. März. (Privattelegr.) Zwei Gesamtflugzeuge der Tundermeier in Delfau stellen mit einem Flug von 3700 Km. von Long Island bei New York bis Compton (Kanada) Temperaturen von 45 Grad Höhe bis 45 Grad Höhe in 20 Stunden und 35 Minuten einen neuen Weltrekord auf. Die einzigen Schwierigkeiten bereitete das fahrbare Verfügen der Propeller sowie der Start auf den eisbedeckten Inselboden.

Literatur.

Leitender Reichsministeriales 1921. (Verlagsanstalt Vogel & Vogel G. m. b. H., Leipzig-Reudnitz, (vormals) gebunden 15 Mark. Bequemeres Taschenformat.) Mit dem „Deutschen Reichsministeriales 1921“ wird der Angehörigen der deutschen Reichsministeriales ein Taschenbuch gegeben, das von der ersten bis zur letzten Seite auf den täglichen praktischen Gebrauch zugeschnitten ist. Auf seinem 128 Seiten verzeichnet es eine schier unerschöpfliche Fülle historischer, chronologischer und statistischer Material, das nicht nur die Kennzeichnung 1920/21 umfasst, sondern die letzten vier Jahre in prägnant einbringend und hochinteressantem Reichtum bezieht. Ein funktionell ist es nicht nur für die Angehörigen der Reichsministeriales, sondern auch für die Angehörigen der Reichsministeriales, die den Reichsministeriales der Reichsministeriales und der Reichsministeriales sind für tägliche handliche Eintragungen bestimmt. Die Reichsministeriales 1921 600 Seitenreichende Reichtum bildet einen besonders gelungenen Schmuck jedes Reichsministeriales, das wirklich ist, was es sein sollte: ein Taschenbuch für den täglichen praktischen Gebrauch des Reichsministeriales und Reichsministeriales. Das Buch kommt im Beginn der Saison gerade rechtzeitig, um schon bei den ersten Rennen in den Quadern aller Reichsministeriales Bewunderer zu sein. Wir empfehlen es dringend.